

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 21. Oktober 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Es entsteht kein Vollzugsaufwand.

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (412) – 651 09 – Ka 111/97

Bonn, den 22. Dezember 1997

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 21. Oktober 1991 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über die Förde-
rung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Gesetzentwurf ist vom Bundesministerium für Wirtschaft und vom Aus-
wärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 720. Sitzung am 19. Dezember 1997 gemäß Arti-
kel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf
keine Einwendungen zu erheben.

- Dr. Helmut Kohl

Entwurf
Gesetz
zu dem Vertrag vom 21. Oktober 1991
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Chile
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Santiago am 21. Oktober 1991 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage sowie dem in Bonn am 14. April 1997 unterzeichneten Änderungs- und Ergänzungsprotokoll zu dem am 21. Oktober 1991 in Santiago unterzeichneten Vertrag und Protokoll wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und das Änderungs- und Ergänzungsprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 12 Abs. 2, das Protokoll sowie das Änderungs- und Ergänzungsprotokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 12 Abs. 2, das Protokoll sowie das Änderungs- und Ergänzungsprotokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen, entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Chile schafft.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Chile
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Tratado
entre la República Federal de Alemania
y la República de Chile
sobre Fomento y Recíproca Protección de Inversiones

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Chile –

La República Federal de Alemania

y

la República de Chile,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten durch zunehmende gegenseitige Kapitalanlagen zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte,
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften,
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben,
 - d) Rechte des geistigen Eigentums wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill,
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

Animadas del deseo de intensificar la colaboración económica entre ambos Estados a través del incremento de las inversiones recíprocas,

Con el propósito de crear condiciones favorables para las inversiones de los nacionales o sociedades de un Estado en el territorio del otro Estado, y

Reconociendo que el fomento y la protección mediante tratado de esas inversiones pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

Han convenido en lo siguiente:

Artículo 1

Para los fines del presente Tratado

1. el concepto de “inversiones” comprende toda clase de bienes, en especial:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) participaciones y títulos de otra índole en sociedades;
 - c) derechos a fondos empleados para crear un valor económico, o a prestaciones que tengan un valor económico;
 - d) derechos de propiedad intelectual, en especial derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, modelos y dibujos industriales, marcas, nombres comerciales, secretos industriales y comerciales, procedimientos técnicos, know how y derechos de llave;
 - e) concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluidas las concesiones de exploración y explotación;

una modificación en la forma de inversión de los bienes no afecta a su carácter de capital invertido;

2. los conceptos de “rentas” o “utilidades” designan aquellas cantidades que corresponden a una inversión por un período determinado, en concepto de participaciones en los beneficios, dividendos, intereses, derechos de licencia o de otra índole;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
- b) in bezug auf die Republik Chile:
Chilenen im Sinne der Verfassung der Republik Chile;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Hoheitsgebiet hat und gemäß den deutschen Rechtsvorschriften besteht, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
- b) in bezug auf die Republik Chile:
jede juristische Person, die in der Republik Chile in Übereinstimmung mit der dortigen Gesetzgebung begründet ist und im chilenischen Hoheitsgebiet ihren Sitz hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlage von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.

(3) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche Maßnahmen oder eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung beeinträchtigen.

(4) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung in Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Länder wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staats-

3. el concepto de “nacionales” designa

- a) con referencia a la República Federal de Alemania:
los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;
- b) con referencia a la República de Chile:
los chilenos conforme a lo establecido en la Constitución de la República de Chile;

4. el concepto de “sociedades” designa

- a) con referencia a la República Federal de Alemania:
todas las personas jurídicas, así como sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones con o sin personalidad jurídica que tengan su sede en el territorio alemán y que existan conforme a las disposiciones legales alemanas, independientemente de que su actividad tenga o no fines de lucro;
- b) con referencia a la República de Chile:
toda persona jurídica constituida en la República de Chile conforme a la legislación chilena que tenga su sede en el territorio chileno, independientemente de que su actividad tenga o no fines de lucro.

Artículo 2

(1) Cada Parte Contratante, de acuerdo con sus disposiciones legales vigentes, permitirá, dentro de su respectivo territorio, las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, promoviéndolas en lo posible. En todo caso tratará justa y equitativamente las inversiones.

(2) Las inversiones realizadas conforme a las disposiciones legales de una Parte Contratante en el área de aplicación de su ordenamiento jurídico por nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante gozarán de la plena protección del presente Tratado.

(3) Una Parte Contratante no perturbará de ninguna manera mediante medidas arbitrarias o un trato desigual injustificado la administración, utilización, uso o aprovechamiento de las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

(4) El presente Tratado regirá asimismo en las áreas de la zona económica exclusiva y de la plataforma continental en la medida en que el Derecho Internacional autorice a la Parte Contratante respectiva el ejercicio de derechos de soberanía o jurisdicción en dichas áreas.

Artículo 3

(1) Cada Parte Contratante no someterá las inversiones en su territorio que sean propiedad o sean controladas por nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a un trato menos favorable que el que se conceda a las inversiones de los propios nacionales y sociedades o a las inversiones y sociedades de terceros Estados.

(2) Cada Parte Contratante no someterá a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con las inversiones en su territorio, a un trato menos favorable que a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

(3) El trato en cuestión no se refiere a las prerrogativas que una Parte Contratante otorgue a los nacionales o sociedades de terceros Estados en virtud de su pertenencia a una unión aduanera o económica, a un mercado común o una zona de libre comercio, o en virtud de su asociación con las mismas.

(4) El trato otorgado conforme al presente Artículo no se refiere a las ventajas que una Parte Contratante conceda a los nacio-

angehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewahrt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Diese Maßnahmen müssen aufgrund eines Gesetzes erfolgen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolutionen, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage,
- b) der Erträge,
- c) zur Rückzahlung von Darlehen,
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage,
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

(2) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in

nales o sociedades de terceros Estados en virtud de un Convenio para evitar la doble imposición u otros acuerdos en materia fiscal.

Artículo 4

(1) Las inversiones de nacionales o sociedades de una Parte Contratante gozarán de plena protección y seguridad en el territorio de la otra Parte Contratante.

(2) Las inversiones de nacionales o sociedades de una Parte Contratante no podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas, o sometidas a otras medidas que en sus repercusiones equivalgan a expropiación o nacionalización, sino en favor del bien común, debiendo en tal caso ser indemnizadas. Estas medidas deberán ser autorizadas por ley. La indemnización deberá responder al valor de la inversión inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación, nacionalización o medida equiparable efectiva o inminente. La indemnización deberá satisfacerse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago según el tipo usual de interés bancario; deberá ser efectivamente realizable y libremente transferible. A más tardar en el momento de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, deberán haberse tomado en debida forma disposiciones para fijar y satisfacer la indemnización. La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, y la cuantía de la indemnización deberán ser comprobables en procedimiento judicial ordinario.

(3) Los nacionales o las sociedades de una Parte Contratante que, por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o motín en el territorio de la otra Parte Contratante, sufran pérdidas en sus inversiones no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades en lo referente a restituciones, ajustes, indemnizaciones u otros pagos. Estas cantidades serán libremente transferibles.

(4) En lo concerniente a las materias reglamentadas en el presente Artículo, los nacionales o sociedades de una Parte Contratante gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante del trato de nación más favorecida.

Artículo 5

(1) Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la libre transferencia de los pagos relacionados con una inversión, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión;
- b) de las rentas;
- c) de la amortización de préstamos;
- d) del producto en el caso de liquidación o enajenación total o parcial de la inversión;
- e) de las indemnizaciones previstas en el Artículo 4.

(2) Las transferencias con arreglo al párrafo 2 ó 3 del Artículo 4, al Artículo 5 o al Artículo 6 se efectuarán sin demora, al tipo de cambio vigente.

Artículo 6

Si una Parte Contratante realiza pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía otorgada para una inversión en el territorio de la otra Parte Contratante, ésta, sin perjuicio de los derechos que en virtud del Artículo 9 corresponden a la primera Parte Contratante, reconocerá la subrogación de todos los derechos de estos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante, bien sea por disposición legal, o por acto jurídico. Además, la otra Parte Contratante reconocerá la subrogación de la primera Parte Contratante en todos estos

alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien nach einer angemessenen Frist einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer

derechos, los cuales ésta estará autorizada a ejercer en la misma medida que su anterior titular. Para la transferencia de los pagos que deban realizarse en virtud de los derechos subrogados regirán mutatis mutandis los párrafos 2 y 3 del Artículo 4 y el Artículo 5.

Artículo 7

(1) Si de las disposiciones legales de una Parte Contratante o de obligaciones emanadas de Derecho Internacional aparte del presente Tratado, actuales o futuras, entre las partes Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Tratado, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

(2) Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído respecto a las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artículo 8

El presente Tratado se aplicará también a las inversiones efectuadas antes de la entrada en vigor del mismo por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante conforme a las disposiciones legales de la otra Parte Contratante en el territorio de esta última.

Artículo 9

(1) Las divergencias que surgen entre las Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Tratado deberán, en lo posible, ser dirimidas amigablemente por los Gobiernos de las dos Partes Contratantes.

(2) Si la divergencia no pudiera ser dirimida, será sometida, una vez transcurrido un plazo adecuado, a un tribunal arbitral a petición de una de las dos Partes Contratantes.

(3) El tribunal arbitral será constituido ad hoc, cada Parte Contratante nombrará un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como presidente a un nacional de un tercer Estado que será nombrado por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses, el presidente dentro de un plazo de tres meses, después de que una Parte Contratante haya comunicado a la otra que desea someter la divergencia a un tribunal arbitral.

(4) Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En el caso de que el Presidente sea nacional de una de las Partes Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de una de las dos Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá efectuar los nombramientos al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de una de las Partes Contratantes.

(5) El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones son obligatorias. Cada Parte Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro, así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral; los gastos del presidente, así como los demás gastos, serán sufragados por partes iguales por las dos Partes Contratantes. El tribunal arbitral podrá adoptar un reglamento diferente en lo que concierne a los gastos. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

(6) Si ambas Partes Contratantes se hubieren adherido al Convenio sobre Arreglo de Diferencias relativas a las inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados, de 18 de marzo

Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 dieses Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer gerichtlichen Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Investitionen gemäß diesem Vertrag zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit im Sinne von Absatz 1 nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer dieser beiden Parteien den zuständigen Gerichten der Vertragspartei, in deren Gebiet die Investition getätigt wurde, zu unterbreiten.

(3) Auf Verlangen einer Streitpartei wird die Meinungsverschiedenheit einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet,

- a) wenn binnen 18 Monaten seit Einleitung des gerichtlichen Verfahrens gemäß Absatz 2 eine Sachentscheidung des angerufenen Gerichts nicht vorliegt oder
- b) wenn eine derartige Entscheidung vorliegt, aber eine der Streitparteien der Auffassung ist, daß diese gegen Bestimmungen des vorliegenden Vertrages verstößt; das Schiedsverfahren ist innerhalb eines Jahres nach Zustellung der schriftlichen Entscheidung einzuleiten.

(4) Das Recht der Streitparteien, den Streitfall einvernehmlich einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten, wird von den Bestimmungen der Absätze 2 und 3 nicht berührt.

(5) Sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbart haben, werden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Streitparteien in den Fällen von Absatz 3 dieses Artikels einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(6) Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen auf der Grundlage dieses Vertrags und gegebenenfalls anderer zwischen den Parteien geltender Verträge, des nationalen Rechts der vertragsschließenden Partei, in deren Gebiet die Investition belegen ist,

- einschließlich ihrer Regeln des Internationalen Privatrechts
- und der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts.

(7) Der Schiedsspruch ist bindend und wird gemäß innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Artikel 11

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 12

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag

de 1965, no se podrá en atención a la disposición del párrafo 1 del Artículo 27 de dicho Convenio, acudir al tribunal arbitral arriba previsto cuando entre el nacional o la sociedad de una Parte Contratante y la otra Parte Contratante se haya llegado a un acuerdo conforme al Artículo 25 del Convenio. No quedará afectada la posibilidad de acudir al tribunal arbitral arriba previsto en el caso de que no se respete una decisión judicial del tribunal arbitral del mencionado Convenio (Artículo 27), o en el caso de subrogación por disposición legal o por acto jurídico, conforme al Artículo 6 del presente Tratado.

Artículo 10

(1) Las divergencias que surgieren entre una de las Partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante en relación con una inversión conforme al presente Tratado deberán, en lo posible, ser amigablemente dirimidas por los litigantes.

(2) Si una divergencia en el sentido del párrafo primero no pudiera ser dirimida en el plazo de seis meses a partir del momento de la reclamación por uno de los dos litigantes, será sometida a instancia de una de las partes litigantes a los tribunales competentes de la Parte Contratante en cuyo territorio se efectuó la inversión.

(3) A instancia de una de las partes litigantes la divergencia será sometida a un Tribunal arbitral internacional:

- a) cuando no exista una decisión sobre el fondo después de transcurridos dieciocho meses contados a partir de la iniciación del proceso judicial previsto por el párrafo segundo del presente Artículo o
- b) cuando, existiendo tal decisión, una de las partes litigantes entienda que la misma infringe las disposiciones del presente Tratado; el procedimiento arbitral deberá iniciarse dentro del plazo de un año, contado a partir de la notificación de la resolución por escrito.

(4) Lo dispuesto en los párrafos 2 y 3 no afecta al derecho de las Partes en controversia de someter de común acuerdo la divergencia a un tribunal arbitral internacional.

(5) En los casos previstos por los párrafos 3 y 4 del presente Artículo, las divergencias entre las partes litigantes se someterán, cuando no hubiesen acordado otra cosa, a un procedimiento arbitral en el marco del "Convenio sobre Arreglo de Diferencias relativas a las inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados" de 18 de marzo de 1965.

(6) El tribunal arbitral decidirá sobre la base del presente Tratado y, en su caso, sobre la base de otros tratados vigentes entre las Partes, del derecho interno de la Parte Contratante en cuyo territorio se realizó la inversión, incluyendo sus normas de derecho internacional privado, y de los principios generales del Derecho Internacional.

(7) El laudo arbitral será obligatorio y cada Parte lo ejecutará de acuerdo con su legislación interna.

Artículo 11

El presente Tratado será aplicable independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas o consulares entre ambas Partes Contratantes.

Artículo 12

(1) El presente Tratado será ratificado; los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible en Bonn.

(2) El presente Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su vigencia será de diez años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que fuera denunciado por

mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 11 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

escrito por una de las Partes Contratantes doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, el Tratado podrá denunciarse en cualquier momento con un preaviso de doce meses.

(3) Para las inversiones realizadas hasta el momento de la expiración del presente Tratado, las disposiciones de los Artículos 1 a 11 seguirán rigiendo durante los veinte años subsiguientes a la fecha en que haya expirado la vigencia del presente Tratado.

Geschehen zu Santiago am 21. Oktober 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Hecho en Santiago, a los veintiún días del mes de octubre de 1991 en dos ejemplares, en alemán y español cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Wiegand Pabsch

Für die Republik Chile
Por la República de Chile
Enrique Silva Cimma
Carlos Ominami Pascual

Protokoll

Protocolo

Bei der Unterzeichnung des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Dieser Vertrag findet keine Anwendung auf Kapitalanlagen in der Republik Chile von natürlichen Personen, die Staatsangehörige der anderen Vertragspartei sind, wenn die betreffenden Personen zur Zeit der Vornahme ihrer ursprünglichen Investitionen bereits mehr als fünf Jahre ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Chile hatten, es sei denn, daß ihre Kapitalanlage nachweislich aus dem Ausland eingebracht wurde.
- b) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- c) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt. Dieser Vertrag findet keine Anwendung auf Investoren, die Staatsangehörige beider Vertragsparteien sind.
- d) Die in Absatz 1 Buchstabe c genannten Ansprüche auf Geld umfassen Ansprüche aus Darlehen, die im Zusammenhang mit einer Beteiligung stehen und nach Zweck und Umfang den Charakter einer Beteiligung haben (beteiligungssähnliche Darlehen). Hierunter fallen nicht Kredite von dritter Seite, z. B. Bankkredite zu kommerziellen Bedingungen.
- e) Die in Absatz 1 Buchstabe c genannten Ansprüche auf Leistungen umfassen Lieferungen von Erzeugnissen aus Investitionsvorhaben, die insbesondere im Grundstoffbereich im Rahmen von Dienstleistungsverträgen gewonnen werden.

(2) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Absatzes 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

En el acto de la firma del Tratado sobre fomento y recíproca protección de inversiones entre la República Federal de Alemania y la República de Chile, los infrascritos plenipotenciarios han adoptado además los siguientes acuerdos, que se considerarán como parte integrante del Tratado:

(1) Ad Artículo 1

- a) El presente Tratado no se aplicará a las inversiones realizadas en la República de Chile por personas naturales que sean nacionales de la otra Parte Contratante si tales personas, a la fecha de la inversión inicial, han tenido su domicilio permanente desde hace más de 5 años en la República de Chile, salvo cuando se pruebe que las inversiones provienen del extranjero.
- b) Las rentas de una inversión, y en el caso de su reinversión también las rentas de ésta, gozarán de igual protección que la inversión misma.
- c) Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará en especial como nacional de una Parte Contratante a toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por la autoridad competente de la respectiva Parte Contratante. El presente Tratado no se aplicará a los inversionistas que sean nacionales de ambas Partes Contratantes.
- d) Los derechos a fondos mencionados en el párrafo 1, letra c), comprenden derechos de préstamos relacionados con una participación y que tengan por su causa y cuantía el carácter de una participación (préstamos con carácter de participación). Sin embargo, no comprenden créditos de terceros, como por ejemplo créditos bancarios con condiciones comerciales.
- e) Los derechos a prestaciones mencionados en el párrafo 1, letra c), comprenden suministros de productos derivados de proyectos de inversión que hayan sido obtenidos en el marco de contratos de servicios, especialmente en el sector de las materias primas.

(2) Ad Artículo 3

- a) Por “actividades” en el sentido del párrafo 2 se entenderán en especial pero no exclusivamente la administración, la utilización, el uso y el aprovechamiento de una inversión. Se considerará especialmente como trato “menos favorable” en el sentido del Artículo 3: la limitación en la adquisición de materias primas e insumos auxiliares, energía y combustibles, así como cualesquiera medios de producción y de explotación, la obstaculización de la venta de productos en el interior del país y en el extranjero, y toda medida de efectos análogos. Las medidas que haya que adoptar por razones de seguridad y de orden público, de salud pública o de moralidad, no se considerarán como trato “menos favorable” en el sentido del Artículo 3.

- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen, der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(3) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch sein wirtschaftlicher Wert erheblich beeinträchtigt wird.

(4) Zu Artikel 5

- a) Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 5 gewährleistet die Republik Chile das Recht auf die Rückführung der von deutschen Investoren eingebrachten Kapitalanlagen nach Ablauf von drei Jahren seit ihrer Einbringung.
- b) Solange das chilenische Programm zur Umwandlung von Auslandsschulden noch in Kraft ist, gewährleistet die Republik Chile ferner das Recht auf Rückführung der von deutschen Investoren im Rahmen dieses Programms vorgenommenen Kapitalanlagen nach Ablauf von zehn Jahren seit ihrer Einbringung sowie den Transfer der Erträge nach Ablauf von vier Jahren für die folgenden Jahre. Die Erträge der ersten vier Jahre werden ab dem fünften Jahr in jährlichen Raten von jeweils 25 % transferiert. Dies gilt unbeschadet der Möglichkeit, die Herabsetzung dieser Fristen nach den Vorschriften der chilenischen Zentralbank in Anspruch zu nehmen.
- c) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines vollständig gestellten Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.
- d) Der Kurs im Sinne des Absatzes 2 soll nicht wesentlich von dem Marktkurs abweichen, der sich aus der Umrechnung des US-Dollar in die Währung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition belegen ist, und in die vom Investor gewünschte frei konvertierbare Währung an den offiziellen Märkten der beiden betreffenden Länder für laufende Transaktionen ergibt.

(5) Zu Artikel 8

Der Vertrag gilt in keinem Falle für Meinungsverschiedenheiten oder Streitfälle über Angelegenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

- (6) Bei grenzüberschreitender Beförderung von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- b) Las disposiciones del Artículo 3 no obligan a una Parte Contratante a extender a personas naturales y sociedades domiciliadas en el territorio de la otra Parte Contratante las ventajas, exenciones y bonificaciones fiscales que conforme a las leyes fiscales únicamente se conceden a personas naturales y sociedades domiciliadas en su territorio.

- c) Las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitarán con benevolencia las solicitudes de inmigración y residencia de personas de una de las Partes Contratantes que quieran entrar en el territorio de la otra Parte Contratante en relación con una inversión; la misma norma regirá para los asalariados de una Parte Contratante que, en relación con una inversión, quieran entrar y residir en el territorio de la otra Parte Contratante para ejercer su actividad como asalariados. Igualmente se tramitarán con benevolencia las solicitudes de permiso de trabajo.

(3) Ad Artículo 4

El derecho a indemnización existirá también en caso de que se intervenga mediante medidas estatales en la empresa a objeto de la inversión y de ello resulte un perjuicio considerable para su valor económico.

(4) Ad Artículo 5

- a) Sin perjuicio de lo establecido en el Artículo 5, la República de Chile garantizará el derecho de repatriación de las inversiones realizadas por inversionistas alemanes una vez transcurridos tres años desde que se hayan efectuado.
- b) Mientras siga en vigor el Programa chileno para la conversión de la deuda externa, la República de Chile garantizará además el derecho de repatriación de las inversiones realizadas por inversionistas alemanes en el marco de dicho Programa una vez transcurridos diez años desde que se hayan efectuado, así como la transferencia de rentas una vez transcurridos cuatro años para los años sucesivos. Las rentas de los cuatro primeros años se transferirán a partir del quinto año en cuotas anuales del 25 % cada una. Lo anterior rige sin perjuicio de la opción por acogerse a la reducción de estos plazos conforme a la normativa establecida por el Banco Central de Chile.
- c) Se considera como realizada “sin demora” una transferencia en el sentido del párrafo 2 del Artículo 5, cuando se ha efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de entrega de la correspondiente solicitud debidamente presentada.
- d) El tipo de cambio en el sentido del párrafo 2 no deberá apartarse esencialmente del valor de mercado que resulte de la conversión del dólar de los Estados Unidos de América en la moneda de la Parte Contratante en cuyo territorio se sitúa la inversión y en la moneda de libre convertibilidad deseada por el inversionista en los mercados oficiales de los respectivos países para transacciones corrientes.

(5) Ad Artículo 8

El presente Tratado no será en ningún caso aplicable a divergencias o controversias sobre hechos anteriores a su entrada en vigor.

- (6) Respecto a los transportes internacionales de mercancías y personas en relación con una inversión, las Partes Contratantes no excluirán ni impedirán a las empresas de transporte de la otra Parte Contratante y, en caso necesario, concederán autorizaciones para la realización de los transportes. Quedan comprendidos en la cláusula precedente los transportes de

- | | |
|---|---|
| a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrags angelegt sind; | a) mercancías destinadas directamente a la inversión en el sentido del presente Tratado, o adquiridas en el territorio de una Parte Contratante o de un tercer Estado por una empresa, o por encargo de una empresa en la que se haya invertido en el sentido del presente Tratado. |
| b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen. | b) Personas que viajen en relación con inversiones. |

Geschehen zu Santiago am 21. Oktober 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Hecho en Santiago, a los veintiún días del mes de octubre de 1991, en dos ejemplares, en alemán y español cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Wiegand Pabsch

Für die Republik Chile
Por la República de Chile
Enrique Silva Cimma
Carlos Ominami Pascual

Änderungs- und Ergänzungsprotokoll
zu dem am 21. Oktober 1991 in Santiago
unterzeichneten Vertrag und Protokoll
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Chile
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Protocolo de Enmienda y Suplemento
Referente al Tratado
entre la República Federal de Alemania
y la República de Chile
sobre Fomento y Recíproca Protección de Inversiones
y su Protocolo,
firmados en Santiago el 21 de octubre de 1991

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Chile –

in dem Bewußtsein, daß der am 21. Oktober 1991 in Santiago unterzeichnete Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und sein Protokoll der Ergänzung und Änderung bedarf –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Der Artikel 10 Absatz 3 des vorgenannten Vertrages wird wie folgt ersetzt:

„(3) Wenn eine Meinungsverschiedenheit bei dem zuständigen Gericht der Vertragspartei anhängig gemacht wurde, auf deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage getätigt worden ist, so kann ein internationales Schiedsgericht nur innerhalb einer Frist von 30 Tagen ab Zustellung der Klageerwiderung angerufen werden, oder wenn das zuständige Gericht innerhalb von 18 Monaten seit Zustellung der Klage keine Sachentscheidung getroffen hat. Unbeschadet dessen kann jede der Vertragsparteien eine günstigere Behandlung gewähren.“

Artikel 2

Die Protokollnotiz zu Artikel 5 Buchstabe a wird wie folgt ersetzt:

„a) Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 5 gewährleistet die Republik Chile das Recht auf die Rückführung der von deutschen Staatsangehörigen oder Gesellschaften eingebrachten Kapitalanlagen nach Ablauf von einem Jahr seit ihrer Einbringung.“

Artikel 3

Die Protokollnotiz zu Artikel 5 Buchstabe b entfällt.

Artikel 4

In das Protokoll wird folgende Protokollnotiz zu Artikel 10 eingefügt:

„Zu Artikel 10

Unbeschadet der in Artikel 10 zur Streitschlichtung zwischen einer Vertragspartei und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei getroffenen Regelung haben chilenische Staatsangehörige oder Gesellschaften, die im

La República Federal de Alemania

y

la República de Chile,

Conscientes de que el Tratado entre la República Federal de Alemania y la República de Chile sobre Fomento y Recíproca Protección de Inversiones y su Protocolo, firmados en Santiago el 21 de octubre de 1991 requiere enmiendas y suplementos,

Han convenido lo siguiente:

Artículo 1

El párrafo 3 del Artículo 10 del mencionado Tratado será reemplazado por el siguiente:

“Si se ha remitido la divergencia al tribunal competente de la Parte Contratante en cuyo territorio se efectuó la inversión, sólo se podrá recurrir a un tribunal arbitral internacional dentro de un plazo de 30 días, contado desde la fecha en que se haya notificado la contestación de la demanda, o si el tribunal competente no ha tomado una decisión sobre el fondo en un plazo de dieciocho meses contado desde la fecha de notificación de la demanda. No obstante, cada Parte Contratante podrá ofrecer un trato más favorable.”

Artículo 2

El Protocolo ad. Artículo 5 a) será reemplazado por el siguiente:

“Sin perjuicio de lo establecido en el Artículo 5, la República de Chile garantizará el derecho de repatriación de las inversiones realizadas por nacionales o sociedades alemanas una vez transcurrido un año desde que se hayan efectuado.”

Artículo 3

El Protocolo ad. Artículo 5 b) queda suprimido.

Artículo 4

En el Protocolo se incluirá el siguiente Addendum al Artículo 10 del Tratado:

“ad. Artículo 10

Sin perjuicio de las disposiciones del Artículo 10 destinadas a dirimir litigios entre una Parte Contratante y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante, nacionales o sociedades chilenos que efectúen o hayan efectuado inversiones en el terri-

Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eine Kapitalanlage tätigen oder getätigt haben, das Recht, jede Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten (ICSID) zu unterbreiten. Dieses Recht kann auch dann ausgeübt werden, wenn sie vorher die Meinungsverschiedenheit den zuständigen Gerichten der Bundesrepublik Deutschland unterbreitet haben, und zwar auch dann, wenn eine Sachentscheidung vorliegt, soweit der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der Auffassung sind, daß diese Entscheidung die Bestimmungen dieses Vertrages verletzt.“

Artikel 5

Dieses Änderungs- und Ergänzungsprotokoll ist integraler Bestandteil des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und seinem Protokoll, unterzeichnet am 21. Oktober 1991 in Santiago, und sie werden als ein einheitlicher Vertrag ausgelegt und angewandt.

Geschehen zu Bonn am 14. April 1997, in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Kinkel

Für die Republik Chile
Por la República de Chile
Insulza

torio de la República Federal de Alemania tendrán el derecho de someter cualquier divergencia a un Tribunal Arbitral en el marco del Convenio sobre Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de Otros Estados (ICSID) de 18 de marzo de 1965. Este derecho podrá ejercerse también si los nacionales o sociedades han sometido previamente las divergencias a los tribunales competentes de la República Federal de Alemania, y aún cuando exista una decisión sobre el fondo, en tanto el nacional o la sociedad consideren que dicha decisión vulnera las disposiciones de este Tratado.”

Artículo 5

El presente Protocolo de Enmienda y Suplemento constituye parte integrante del Tratado entre la República Federal de Alemania y la República de Chile sobre Fomento y Recíproca Protección de Inversiones y su Protocolo, firmados en Santiago el 21 de octubre de 1991 y serán interpretados y aplicados como un solo instrumento.

Hecho en Bonn, el 14 de abril de 1997 en dos ejemplares, en alemán y español cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Diese Verträge dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Der Vertrag mit Chile ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der Vertrag entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage zahlreicher Verträge mit anderen Staaten Lateinamerikas ist.

Aufgrund von Problemen bei der Ratifizierung des Vertrags im chilenischen Parlament wurden die Verhandlungen nach Unterzeichnung des Vertrags von Chile wieder aufgenommen. Die Nachverhandlungen betrafen insbesondere die Regelung zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat in Artikel 10. Am 14. April 1997 wurden die Nachverhandlungen mit Unterzeichnung eines Änderungs- und Ergänzungsprotokolls zum Vertrag und zum Protokoll abgeschlossen.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag besteht aus 12 Artikeln, ihm sind ein Protokoll und ein Änderungs- und Ergänzungsprotokoll beigefügt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlagen“, „Erträge“ sowie „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“. Gemäß Protokollnummer 1 Buchstabe a sind Kapitalanlagen in Chile vom Schutz des Vertrags ausgenommen, wenn der Investor zum Zeitpunkt der Investition mehr als fünf Jahre seinen ständigen Wohnsitz in Chile hatte, es sei denn, die Kapitalanlage ist nachweislich aus dem Ausland eingebracht. Nach Protokollnummer 1 Buchstabe b genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Protokollnummer 1 Buchstabe c schließt Doppelstaatler vom Schutz des Vertrags aus. Protokollnummer 1 Buchstabe d verdeutlicht, daß nur beteiligungsähnliche Darlehen vom Vertrag erfaßt sind, und Protokollnummer 1

Buchstabe e definiert die in Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe e genannten Ansprüche auf Leistungen näher.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungs- und Zulassungsklausel sowie das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Kapitalanlagen, die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.

Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. In der Protokollnummer 2 Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 2 Buchstabe b stellt klar, daß die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 2 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel zur Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Enteignungsschutz sowie die Entschädigungspflicht und gewährt den ordentlichen Rechtsweg bei Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Eine Entschädigungspflicht besteht gemäß Protokollnummer 3 auch bei staatlichen Eingriffen in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen. Danach wird der Transfer von Kapital und Erträgen, der Rückzahlung von Darlehen, des Erlöses im Falle der Liquidation oder Veräußerung einer Kapitalanlage sowie der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen gewährleistet.

Gemäß Protokollnummer 4 Buchstabe a gewährt Chile das Recht auf Rückführung der Kapitalanlage drei Jahre nach ihrer Einbringung. Mit Artikel 2 des Änderungs- und Ergänzungsprotokolls vom 14. April 1997 wird diese Frist auf ein Jahr verkürzt.

In Protokollnummer 4 Buchstabe b wurde eine Sonderregelung zur Rückführung von Kapitalanlagen im Rahmen

des chilenischen Programms zur Umwandlung von Auslandsschulden getroffen. Diese Protokollnummer entfällt nach Artikel 3 des Änderungs- und Ergänzungsprotokolls.

Gemäß Protokollnummer 4 Buchstabe c darf die Transferfrist nach Einreichung eines entsprechenden Antrags zwei Monate nicht überschreiten. Protokollnummer 4 Buchstabe d enthält Bestimmungen über den anzuwendenden Wechselkurs.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber eingegangene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 8

Der Vertrag gilt auch für Altinvestitionen, die vor seinem Inkrafttreten in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind. Gemäß Protokollnummer 5 gilt der Vertrag jedoch in keinem Fall für Meinungsverschiedenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Zu Artikel 9

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über Auslegung und Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor.

Durch Artikel 1 des Änderungs- und Ergänzungsprotokolls vom 14. April 1997 wird Artikel 10 Absatz 3 des Vertrags dahingehend geändert, daß im Falle einer Meinungsverschiedenheit nach Anrufung eines nationalen Gerichts in gleicher Sache der Wechsel zu einem inter-

nationalen Schiedsgericht nur innerhalb einer Frist von 30 Tagen ab Zustellung der Klageerwidderung möglich ist, oder wenn das zuständige Gericht innerhalb von 18 Monaten keine Sachentscheidung getroffen hat.

Artikel 4 des Änderungs- und Ergänzungsprotokolls enthält eine Protokollnotiz zu Artikel 10, die chilenischen Investoren in der Bundesrepublik Deutschland das Recht gewährt, abweichend von der Regelung des neuen Artikels 10 Absatz 3 jede Meinungsverschiedenheit einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten, und zwar auch dann, wenn vorher zuständige deutsche Gerichte angerufen wurden und bereits eine Sachentscheidung vorliegt.

Zu Artikel 11

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 12

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere zwanzig Jahr lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 6 ein Behinderungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zum Änderungs- und Ergänzungsprotokoll

Das Änderungs- und Ergänzungsprotokoll vom 14. April 1997 enthält verschiedene Änderungen und Ergänzungen zum Vertrag und zum Protokoll, die im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erläutert wurden. Nach seinem Artikel 5 ist das Änderungs- und Ergänzungsprotokoll integraler Bestandteil des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und seinem Protokoll, unterzeichnet am 21. Oktober 1991 in Santiago, die als einheitlicher Vertrag ausgelegt und angewandt werden.

